

Sehr geehrter Herr Präsident

Werte Kolleginnen und Kollegen,

Die Coronapandemie ist nicht nur die größte sanitäre Krise seit dem 2. Weltkrieg.

Sie ist nicht nur ein menschliches Drama, dem alleine in Belgien bislang mehr als 20.000 Menschen zum Opfer gefallen sind.

Diese Krise ist auch die größte Rezession seit der großen Depression in den 1930er Jahren.

Corona bedeutet eine Zäsur für die Wirtschaft, die makroökonomischen Parameter und damit für die Einnahmen der öffentlichen Hand.

Als erste Gemeinschaft unseres Landes haben wir vor genau einem Jahr, also schon 6 Wochen nach dem Ausbruch der Krise, begonnen, auf diese Bedrohung finanzpolitisch zu reagieren.

Damals haben wir nicht nur den Haushalt 2020 kurzfristig angepasst, sondern vor allem eine neue, angepasste finanzpolitische Strategie entworfen.

Eine neue finanzpolitische Strategie,  
die wir dann vor 6 Monaten bei der Ausarbeitung des Ursprungshaushaltes 2020  
verfeinert haben  
und seitdem konsequent umsetzen.

Wir haben seinerzeit  
5 wichtige finanzpolitische Entscheidungen getroffen,  
die ich kurz in Erinnerung rufen möchte.

Wir haben nach dem Ausbruch der Coronakrise entschieden,

- Erstens für einen begrenzten Zeitraum  
auf einen ausgeglichenen Haushalt,  
auf die schwarze Null,  
zu verzichten;
- Zweitens weitreichende Hilfspakete zu schnüren,  
um die Not der Menschen in dieser Krise zu lindern;
- Drittens Zukunftsinvestitionen in Infrastrukturprojekte vorzuziehen  
und die Finanzmittel hierfür in den nächsten Jahren zu vervielfachen,  
um die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinschaft abzusichern  
und die richtigen Lehren aus der Krise ziehen zu können;
- Viertens Investitionen in Infrastruktur langfristig abzuschreiben,  
so wie das auch in der Privatwirtschaft üblich ist  
wie es alle anderen belgischen Gliedstaaten seit langem tun;

- Fünftens die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass zunächst der laufende Haushalt und später der Gesamthaushalt in der kommenden Legislaturperiode wieder ins Gleichgewicht gebracht werden können

Eine derart schnelle und umfassende finanzpolitische Kurskorrektur war damals durchaus umstritten, weil die Auswirkungen der Krise kaum absehbar waren. Sie sind es übrigens heute noch nicht gänzlich.

Heute bin ich aber sehr froh, dass wir so schnell und so zielgerichtet gehandelt haben.

Zur Erinnerung:

Als einzige Gemeinschaft in Belgien hatten wir in den Jahren 2018 und 2019 eine schwarze Null erzielt.

Als einziger Gliedstaat in Belgien hatten wir das auch für 2020 geschafft.

Es war uns vor 1,5 Jahren trotz damals schon sinkender Einnahmen gelungen, im laufenden Haushalt 2020 einen Überschuss von 11 Millionen EUR zu erwirtschaften, den wir in Infrastruktur investieren konnten.

Das alles hatte der Rechnungshof formell bestätigt.

Daraus ergibt sich:

Ohne Corona hätten wir folglich heute noch einen ausgeglichenen Haushalt.

Wegen Corona und nur wegen Corona ist das jetzt nicht mehr der Fall.

Nach jetzigem Stand der Dinge verlieren wir alleine wegen Corona  
Einnahmen  
in Höhe von 57 Millionen EUR;  
mit negativen, millionenschweren, strukturellen Auswirkungen  
auf die gesamte mittelfristige Finanzplanung.

Das Wirtschaftswachstum ist im vergangenen Jahr  
von + 1,10 % auf -6,20 gesunken.

Einen solchen Einbruch hat es in Friedenszeiten noch nicht gegeben.

Unter diesen Voraussetzungen  
an der schwarzen Null festhalten zu wollen,  
wäre einem sozialen Kahlschlag gleichgekommen.

Wir hätten nicht nur komplett auf Hilfspakete verzichten müssen.

Wir hätten zudem  
drastische Sparmassnahmen im Unterrichtswesen,  
bei der Kleinkindbetreuung,  
im Gesundheitswesen,  
in der Seniorenpflege,  
bei den Gemeinden,  
ja in fast allen Zuständigkeiten vornehmen müssen.

Wir hätten in all diesen und anderen Bereichen  
Zuschüsse streichen,  
Personal entlassen  
und Gehälter kürzen müssen,  
um den Haushalt im Gleichgewicht zu behalten.

Ja, das wäre theoretisch möglich gewesen;  
aber das haben wir nicht gewollt,

... weil wir unsere Gemeinschaft nicht an die Wand fahren wollen;  
... weil wir mit einer solchen Politik vieles von dem zerstört hätten,  
was die Lebensqualität in unserer Heimat ausmacht.

... weil Vieles von dem,  
was wir in Ostbelgien vor der Krise so geschätzt haben,  
nach der Krise nicht mehr da gewesen wäre.

Ich bin immer sehr dafür gewesen,  
unnötige Ausgaben zu streichen,  
Schwerpunkte festzulegen

und den Haushalt konsequent zu durchforsten;

...aber die DG kaputtsparen,  
das ist mit uns nicht zu machen.

Die schwarze Null ist sicherlich ein erstrebenswertes Ziel.

Aber sie ist weder eine Religion noch eine Ideologie.

Politik muss nicht den Statistiken dienen.

Politik muss den Menschen dienen.

Unsere finanzpolitische Grundüberzeugung war immer,  
in guten Zeiten zu sparen,  
um in schlechten Zeiten helfen zu können.

An diesem Leitmotiv richten wir unser gesamtes Handeln aus.

Wir haben die schwarze Null aufgegeben,  
um helfen zu können.

Statt den Menschen in dieser schwierigen Zeit  
Sparmassnahmen aufzubürden,  
haben wir alle Erhöhungen aufrechterhalten,  
die wir zu Beginn dieser Legislaturperiode  
zB für die Schulen, die Kinderbetreuung, die Senioren,

die Gesundheit, die Kultur, den Sport,  
den nicht kommerziellen Sektor und andere Einrichtungen versprochen hatten.

Diese Erhöhungen haben wir nicht nur aufrechterhalten  
sondern in den letzten Monaten  
sogar noch einmal deutlich ausgebaut  
und um millionenschwere Hilfspakete ergänzt.

Wir hatten nach dem Ausbruch der Coronakrise angekündigt,  
dass wir alles in unserer Macht Stehende tun würden,  
um den Menschen zu helfen.

Genau das machen wir.

Wir tun alles,  
was wir können und was wir tun dürfen,  
manchmal sogar mehr als das...

Das kann man anhand von Zahlen dokumentieren.

Wenn das dritte Krisendekret gleich verabschiedet wird,  
dann werden wir innerhalb von einem Jahr  
Hilfspakete in einer Größenordnung von 80 Millionen EUR geschnürt haben,  
die den Menschen in der Deutschsprachige Gemeinschaft  
unmittelbar zugutekommen.

Wir zahlen z.B. Sonderzuschüsse  
in Höhe von 2,9 Millionen EUR

an unsere Gemeinden und ÖSHZ aus,  
um Einnahmenverluste und Mehrausgaben auszugleichen.

Das ist mehr als anderswo in Belgien.

Wir haben darüber hinaus den Gemeinden  
mehr als 10 Millionen EUR zur Verfügung gestellt,  
damit sie steuerfreie Prämien an Hotels, Restaurants,  
Cafés,  
Einzelhändler

und andere geschlossene Sektoren auszahlen konnten und können.

Damit haben wir die Hilfen des Föderalstaates und der WR spürbar erweitert.

Diese Prämien hat es außerhalb der DG nirgendwo in Belgien gegeben.

Wir unterstützen z.B. auch die Vereine,  
die eine permanente Infrastruktur betreiben,  
mit bis zu 10.000 EUR pro Verein.

Wir helfen jetzt auch allen anderen Vereinen  
mit Sonderzuschüssen  
in Höhe von 50 EUR pro Mitglied und Verein,  
indem wir die Basisförderung für glatt vervierfachen.

Alleine für die Vereine sehen wir in dieser Haushaltsanpassung  
jetzt Zusatzmittel in Höhe von 1,5 Millionen EUR vor.



Für die Unterstützung unserer Schulen haben wir 2,5 Millionen vorgesehen.

Um Menschen schneller in Arbeit zu bringen weitere 550.000 EUR.

Um den Wohn- und Pflegezentren zu helfen,  
haben wir 3,7 Millionen EUR in den Haushalt eingetragen.

Die Gesundheitsdienstleister, insbesondere die Krankenhäuser,  
erhalten von uns Hilfen in Höhe von 4,8 Millionen EUR,  
obwohl wir hierfür nur begrenzt zuständig sind.

Hinzukommen mehrere Millionen EUR,  
die wir für den Ankauf von Schutzmaterial,  
Testkapazitäten und Masken aufgebracht haben.

2800 Kinder in unserer Gemeinschaft haben zudem  
ein erhöhtes Kindergeld erhalten.

Um die Kinderbetreuung zu stärken,  
haben wir knapp 1 Millionen EUR investiert.

Für Konsumschecks und Prämien  
an Beschäftigte

im Pflegesektor haben wir jetzt 2,2 Millionen EUR  
in den Haushalt eingetragen

Hinzukommen Zuschussgarantien und Sonderzuschüsse  
bspw. im Sozial, Bildungs-, Kultur- und Jugendbereich.

Darüber hinaus haben wir die geplanten Gehaltserhöhungen  
für die Beschäftigten in der Seniorenpflege vorgezogen.

Wir haben deren Gehälter strukturell um bis zu 20 % angehoben.

Alleine die Mehrkosten für die Beschäftigten im NKS  
werden uns ca 5 Millionen EUR pro Jahr kosten.

Das ist eine stolze Summe.

Seit September 2020  
werden in der Seniorenpflege der DG  
also  
höhere Gehälter ausgezahlt als im Landesinnern.

Und wir haben grundsätzlich für den Bereich der Seniorenpflege beschlossen,  
weitere Gehaltserhöhungen für die Krankenpfleger  
und eine Verbesserung der Personalnormen vorzunehmen.

Die Hilfen der DG sind beachtlich  
und, ja,  
sie sind umfangreicher als anderswo im Land.

Warum sage ich das?

Nicht um die Regierung mit Lorbeeren zu schmücken.

Die Regierung braucht keine Lorbeeren und schon gar kein Selbstlob.

Die allermeisten Hilfen in diesem Hause wurden  
zwar von der Regierung auf den Weg gebracht;  
aber schlussendlich von einer breiten Mehrheit des Parlamentes beschlossen.

Wenn also etwas in diesem Zusammenhang gelobt werden kann,  
dann ist es die gute parteiübergreifende Zusammenarbeit  
zwischen Mehrheit und großen Teilen der Opposition.

5 von 6 Fraktionen bemühen sich seit dem Ausbruch der Krise redlich,  
gemeinsam gegen die Auswirkungen der Krise anzukämpfen.

5 von 6 Fraktionen setzen sich gemeinsam und verantwortungsbewusst  
für die Menschen ein,  
denen sie zu dienen haben.

5 von 6 Fraktionen tragen Meinungsverschiedenheiten aus,

aber sie tun das konstruktiv,  
ohne der Versuchung nachzugeben,  
eine Krise parteipolitisch zu instrumentalisieren.

5 von 6 Fraktionen ziehen seit nunmehr 14 Monaten an einem Strang,  
größtenteils in dieselbe Richtung.

Ich finde das bemerkenswert und höchst anständig.

Dafür möchte ich mich bedanken.

Aber wenn die Hilfspakete der DG so unumstritten sind,  
warum müssen sie dann überhaupt erwähnt werden?

Erstens weil es sich um Geld des Steuerzahlers handelt  
und ich es für unsere Pflicht halte offenzulegen,  
wofür wir das Geld des Steuerzahlers ausgeben.

Und zweitens um den Mehrwert unserer Autonomie zu verdeutlichen.

Ohne unsere Autonomie,  
ohne unsere Entscheidungsbefugnisse,  
ohne unsere kurzen Wege  
hätten wir diese Hilfspakete gar nicht schnüren können,  
ja gar nicht schnüren dürfen!

Ohne Autonomie wären wir gar nicht imstande,  
den Menschen in unserer Gemeinschaft zu helfen.

Natürlich hätten sich dann andere Entscheidungsebenen um Hilfen bemüht;  
aber sie hätten es niemals so passgenau tun können wie die DG.

Wir stehen in ständigem Kontakt mit den Gemeinden,  
den Sozialpartnern,  
der organisierten Zivilgesellschaft,  
den Interessensgruppen und Verbänden.

Deshalb können wir als kleine Regierung  
einer kleinen Gemeinschaft  
maßgeschneidert handeln.

Gäbe es die DG nicht,  
wäre ein solch enger Dialog  
zwischen Entscheidungsträgern und Bevölkerung völlig undenkbar.

Der Verwaltungsaufwand wäre für die Antragssteller  
und Empfänger von Hilfen zwangsläufig grösser gewesen.

Und die Hilfen wären ohne das Zutun der DG  
hierzulande kleiner ausgefallen.

Es stimmt zwar,  
dass viele Entscheidungen,  
die in dieser Krise getroffen werden,  
außerhalb unserer Befugnisse liegen.

Oftmals dürfen wir nur mitreden aber nicht entscheiden.

Aber da,  
wo wir entscheiden dürfen,  
da tun wir das sehr konsequent,  
im Interesse unserer Bevölkerung und im Dialog mit allen Partnern.

Diese Autonomie bewährt sich auch in Krisenzeiten.

Der Mehrwert unserer Autonomie wird in der Krise besonders sichtbar.

Das kann man jetzt schon sagen.

Zu dieser Schlussfolgerung kommt ja auch  
der Zwischenbericht Ihres Sonderausschusses,  
über den wir gleich debattieren werden.

Und das sollten all jede bedenken,  
die die DG am Liebsten abschaffen würden.

Kolleginnen und Kollegen,  
mit dieser ersten Haushaltsanpassung sichern wir  
zusätzliche coronabedingte Hilfspakete ab:

Für die Einrichtung von Impfzentren  
und den Ankauf von weiteren Testkapazitäten  
sehen wir zusätzliche Ausgaben  
in Höhe von 9 Millionen EUR vor,  
die uns teilweise vom Föderalstaat rückerstattet werden.

An dieser Stelle möchte ich den hauptamtlichen und ehrenamtlichen  
Mitarbeitenden der beiden Impfzentren in Eupen und St.Vith  
im Namen der Regierung  
für ihren hervorragenden Einsatz  
ganz herzlich danken.

In der DG haben bereits knapp 30 %  
der erwachsenen Bevölkerung  
eine erste Impfung erhalten.

In der Kategorie der über 65 Jährigen sind es sogar 83 %.

Diese Statistik belegt zweierlei:

Erstens,  
dass in unseren Zentren gut gearbeitet wird  
und zweitens,  
dass die Impfbereitschaft in unserer Bevölkerung sehr hoch ist.

Auch dafür möchten wir uns bedanken.

Für die Unterstützung der Vereine  
sehen wir jetzt zusätzliche Finanzmittel  
in Höhe von 1,5 Millionen EUR vor.

Der Kultursektor erhält zusätzliche 500.000 EUR.

Das Unterrichtswesen zusätzliche 1,3 Millionen EUR.

Mit dieser Haushaltsanpassung werden desweiteren  
die Mittel für die Kinderbetreuung ein weiteres Mal erhöht  
– um zwar um 645.000 EUR.

Die Verpflichtungsermächtigungen für unsere Krankenhäuser  
werden ebenfalls noch einmal angehoben,  
um zwar um 2,5 Millionen EUR.

Für die Auszahlung von Konsumschecks und Sonderprämien  
im erweiterten Pflegesektor sehen wir 2,26 Millionen vor.

Mehr Geld wird es auch geben  
für die Organisatoren von Jugendlagern  
und für die Ausstattung von Jugendeinrichtungen  
mit digitaler Infrastruktur.

Das sind nur einige Beispiele von Mehrausgaben,  
die direkt in Zusammenhang mit der Coronakrise stehen.



Einige Anpassungen hingegen,  
die wir Ihnen heute vorschlagen,  
haben nichts mit der Krise zu tun.

Das gibt es zum Glück noch.

So erhöhen wir beispielsweise  
die Mittel für die überaus vielversprechenden Ausgrabungen  
an der Burg in St. Vith  
und für die Einrichtungen von digitalen Bürgerbüros.

Kolleginnen und Kollegen,  
in diesen Zeiten dürfen wir  
unser Augenmerk nicht nur auf das akute Krisenmanagement  
und auf Hilfspakete richten.

Wir müssen jetzt schon,  
die Zeit nach Corona vorzubereiten.

Wir müssen unsere Zukunft vorbereiten.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinschaft  
hängt ganz entscheidend davon ab,  
ob es uns gelingt,  
die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen.

Daran arbeiten wir sehr intensiv.

Dabei orientieren wir uns  
an unserer Regierungserklärung vom 09/2020,  
in der wir ja damit begonnen hatten,  
die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen.

Wir hatten Ihnen im September 20 konkrete Zukunftsprojekte vorgeschlagen,  
um die Gesundheitsversorgung zu verbessern,  
die Seniorenpflege auszubauen,  
die Digitalisierung voranzutreiben,  
die Kinderbetreuung aufzuwerten,  
die Arbeitsvermittlung zu verbessern,  
eine nachhaltige Raumordnungspolitik zu betreiben,  
preiswerten Wohnraum zu schaffen,  
das Klima zu schützen,  
die regionale Wertschöpfung zu fördern,  
den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu festigen,  
Bürokratie abzubauen  
und den öffentlichen Dienst zu modernisieren.

Um all diese Projekte finanzieren zu können,  
hatten wir für die nächsten 10 Jahre ein  
Investitionsprogramm von 600 Millionen EUR angekündigt  
und neue Weichenstellung in den laufenden Ausgaben in Aussicht gestellt.

Einige Parlamentarier sprachen damals  
zurecht

von einem beispiellosen finanziellen Kraftakt,  
einem riesigem Konjunkturprogramm.

Es handelt sich um Investitionen in die Menschen,  
die hier leben.

Sie stärken die Zukunftsfähigkeit unseres Standortes.

Sie erhöhen unsere Lebensqualität.

Sie verbessern unsere Lebensperspektiven.

Und sie helfen nicht zuletzt unserer Wirtschaft.

Wir haben ein großes Interesse daran,  
die Konjunktur durch öffentliche Investitionen anzukurbeln.

Denn davon hängen nämlich unsere Einnahmen ab.

Umso schneller die Wirtschaft wieder aus der Krise herausfindet,  
umso schneller verbessern sich die Einnahmen der DG.

Doch wo stehen wir heute mit unseren Ankündigungen?

Wir kommen trotz Krise gut voran.

An all diesen Projekten wir ergebnisorientiert gearbeitet.

Das gilt zum Beispiel für die vorbereitenden Arbeiten zum flächendeckenden Glasfaserausbau, in den wir 40 Millionen EUR investieren werden.

Darüber wird Kollegin Weykmans gerne im zuständigen Ausschuss informieren.

Das gilt auch für den Wohnungsbau, dem wir 65 Millionen EUR zur Verfügung stellen wollen, um die energetische Sanierung aller bestehenden Sozialwohnungen und die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum zu finanzieren.

Kollege Antoniadis wird den Ausschuss über den Stand der Dinge informieren.

Die geplanten Investitionen in die Gemeinschaftszentren werden ebenfalls gewissenhaft vorbereitet.

Dazu hat noch letzte Woche eine Klausurtagung mit einem externen Studienbüro stattgefunden.

Für diese Investition wurde jetzt eine Summe von 60 Millionen EUR in den Haushalt der DGG eingetragen.

Ebenso intensiv arbeiten wir an den geplanten Reformen in der Kinderbetreuung.

Kolleginnen Klinkenberg hat dazu bereits zahlreiche Gespräche mit dem RZKB, mit Kaleido und mit den Gemeinden geführt.

Nach einer coronabedingten Verzögerung hat auch die Vorbereitung des 2. Schulbauprogramms für Kelmis und St.Vith wieder an Fahrt aufgenommen.

Die Zusammenarbeit mit den externen Beratern gestaltet sich sehr gut.

Der Fahrplan wird immer konkreter.

Im Infrastrukturplan haben wir hierfür 150 Millionen EUR vorgesehen.

Besonders bedeutsam sind in diesem Zusammenhang unsere Anstrengungen für den Klimaschutz.

Das Thema wird sich ja nach der Coronakrise nicht erledigt haben.

Der Klimaschutz ist und bleibt die größte Herausforderung auf diesem Planeten.

Es geht um nicht weniger als um das langfristige Überleben der Menschheit.

Als kleine Gemeinschaft können wir den Klimawandel ganz alleine ganz bestimmt nicht aufhalten.

Aber wir können unseren Beitrag dazu leisten,  
indem wir global denken und lokal handeln.

Unsere energiepolitischen Befugnisse sind zwar weiterhin sehr begrenzt.

Dennoch sind wir in der Lage zu handeln.

Deshalb haben wir uns vorgenommen  
in den nächsten 10 Jahren 181 Millionen EUR in den Klimaschutz zu  
investieren.

Das entspricht fast der Hälfte eines ganzen Jahreshaushaltes der DG.

Einen Teil davon  
möchten wir jetzt  
für die Umsetzung des Energie- und Klimaplanes verwenden.

Wie Sie wissen,  
hatten wir diesen Plan vor einigen Jahren  
zusammen mit den neun deutschsprachigen Gemeinden  
auf den Weg gebracht,  
um die CO<sub>2</sub> Emissionen auf unserem Gebiet  
bis 2030 um 50%  
und bis 2050 um 100 % zu senken.

Dieser Plan ist also ein sehr ehrgeiziges Klimaschutzprogramm.

Um die Umsetzung dieses Plans zu beschleunigen,  
stellen wir hierfür in den kommenden 10 Jahre  
zwischen 35 und 50 Millionen EUR  
zur Verfügung.

Das sind zwischen 3,5 und 5 Millionen EUR pro Jahr.

Das Konzept zur Umsetzung des Plans  
wurde mittlerweile ausgearbeitet  
und sowohl mit den 9 zuständigen Schöffen  
als auch mit allen Bürgermeistern besprochen.

Noch sind nicht alle Details geklärt.

Einige Punkte werden wir nach dem Dialog mit den Gemeinden anpassen.

Aber 2 Ziele werden wir mit diesem Konzept auf jeden Fall erreichen.

Erstens werden wir sehr viel mehr Geld  
in den Klimaschutz investieren  
als das jemals auf dem Gebiet der DG der Fall gewesen ist,  
auch sehr viel mehr als die WR vormals hier investiert hat.

Und zweitens werden wir den Zugang zu diesen Mitteln  
radikal vereinfachen und Bürokratie abbauen.

Kollege Antoniadis und ich selbst

werden den zuständigen Ausschüssen  
dieses Konzept in Kürze vorstellen.

Sie werden der Haushaltsanpassung entnehmen können,  
dass wir hierfür neue Haushaltszuweisungen geschaffen haben.

Auch mit der angekündigten Investitionsoffensive  
für die Seniorenpflege kommen wir voran.

So haben wir beispielsweise mit dieser Haushaltsanpassung  
die Sanierung des Katharinenstifts in Astenet  
mit Projektkosten von 6,6 Millionen EUR  
neu in den Infrastrukturplan aufgenommen.

Insgesamt wollen wir in den nächsten 10 Jahren  
65 Millionen EUR für den Ausbau von Plätzen  
in den Wohn- und Pflegezentren bereithalten.

Kolleginnen und Kollegen,

mit dieser 1. Haushaltsanpassung  
erhöhen wir unsere Zuschüsse  
für Infrastruktur, Ausstattung und Ausrüstung  
um 22 Millionen EUR.



Dieser steile Anstieg steht voll und ganz  
im Einklang mit unserer Regierungserklärung  
vom September 2020.

Dass wir mit unserer Strategie  
auf dem richtigen Weg sind,  
die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen,  
behaupten nicht nur wir,  
das bestätigen uns  
unsere innerbelgischen und unsere europäischen Partner.

Ich freue mich darüber,  
dass die EU sich mit 50 Millionen EUR  
an unserem Investitionsprogramm beteiligen wird.

Von diesen 50 Millionen  
durften wir jetzt 6,5 Millionen in den Einnahmehaushalt 2021 eintragen.

Die restlichen 43,5 Millionen EUR  
haben wir in die mittelfristige Finanzplanung übertragen.

Die vorausgegangenen innerbelgischen Verhandlungen  
über die Verteilung dieser Mittel waren äußerst zäh.

Da wurde um jeden EUR gerungen.

Dass die DG am Ende 50 Millionen EUR  
aus dem Wiederaufbauprogramm erhält,

also sehr viel mehr als ihr  
nach dem Bevölkerungsproporz zugestanden hätte,  
ist ein sehr gutes Verhandlungsergebnis,  
für das wir sehr dankbar sind.

Dieses Verhandlungsergebnis belegt,  
dass unser Zukunftsprojekte  
den europäischen Ansprüchen genügen.

Dieses Ergebnis spricht für die Qualität unserer Projekte.

Es bestätigt,  
dass wir sehr gut daran getan haben,  
unsere finanzpolitische Strategie frühzeitig anzupassen  
und neue, innovative Zukunftsprojekte zu entwickeln.

Kolleginnen und Kollegen,

die neuen Weichenstellungen spiegeln sich natürlich  
nicht nur im Infrastrukturplan wider.

Unsere Regierungserklärung vom September 2020  
dient nicht nur als Orientierung  
für die Festlegung von Infrastrukturzuschüssen.

Die richtigen Lehren aus der Krise  
dürfen wir nicht nur  
bei unseren Investitionen in Gebäude ziehen.

Sie müssen uns gleichfalls als Leitschnur  
für die Schwerpunktsetzung  
in den laufenden Ausgaben dienen.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir Ihnen z.B. vor,  
die Ausgaben für Familie, Senioren und Krankenhäuser  
in diesem Jahr um weitere 4 Millionen EUR zu erhöhen.

Damit wollen wir die bereits erwähnten Prämien  
für die Beschäftigten im Pflegesektor finanzieren,  
aber zum Beispiel auch die Energiearmut besser bekämpfen,  
unsere Anstrengungen für preisgünstigen Wohnraum verstärken  
und kommunale Klimainitiativen unterstützen.

In den letzten beiden Jahren haben wir  
die Mittel für den Sozial- und Gesundheitsbereich  
um 17,3 Millionen EUR erhöht.

Das ist eine Menge!

Seit Beginn dieser Legislaturperiode haben wir  
z.B.  
unsere Ausgaben für die Seniorenpolitik um 32,6 % angehoben.

Das ist eine gewaltige Steigerung.

Unsere Investitionen in die Gesundheitspolitik wurden seit Beginn dieser Legislaturperiode sogar um 48 % erhöht.

Die Ausgaben für Angebote in der Kinderbetreuung wiederum sind innerhalb von 2 Jahren von 3,6 Millionen auf 6 Millionen EUR angehoben worden.

Das entspricht einem Anstieg um 65 %

65 % mehr für Kinder,

32,6 % mehr für Senioren,

48 % mehr für Gesundheit

innerhalb von 2 Jahren,...

... wir denken,

das sind die richtigen Prioritäten,

das sind die richtigen Weichenstellungen,

um unseren Standort zukunftsfähig zu machen  
und die richtigen Lehren aus der Krise ziehen zu können.

An dieser Schwerpunktsetzung wollen wir deshalb  
in den kommenden Jahren festhalten.

Ähnlich sieht es im Bildungswesen aus.

Seit 2019 haben wir den jährlichen Bildungshaushalt  
um 9,3 Millionen EUR strukturell erhöht.

Hinzukommen Investitionen in Schulbauten und in deren Ausstattung.

9,3 Millionen... das entspricht einer Erhöhung um 7,8 %.

Wir investieren in diesem Jahr 128,5 Millionen EUR in Bildung,  
vorwiegend in die Gehälter des Lehrpersonals  
und die Funktionskosten von Schulen und Ausbildungseinrichtungen.

Wir investieren mittlerweile sehr viel mehr in Unterricht und Ausbildung  
als die beiden anderen Gemeinschaften unseres Landes.

Wir stellen mehr Lehrpersonal im Vergleich zur Schülerzahl ein,  
wir bezuschussen Infrastruktur und Ausstattung von Schulen  
mit viel höheren Prozentsätzen

und wir zahlen im innerbelgischen Vergleich die höchsten Einstiegsgehälter.

Ganz zu schweigen von der Unterstützung unserer dualen Ausbildung, die es in dieser Form anderswo in Belgien nicht gibt.

Mit den zusätzlichen Finanzmitteln können mehr Lehrpersonen und Förderpädagogen beschäftigt werden.

Die politische Bildung wird aufgewertet, so wie wir das im September als eine Lehre aus der Vertrauenskrise angekündigt hatten, die mit der Gesundheitskrise einhergeht.

Die Gehälter des Führungspersonal in unseren Schulen werden verbessert.

Mehr Geld gibt es auch für die Reform der technischen Ausbildungen, für die Förderung der Mehrsprachigkeit, die Erweiterung von Sprachlernklassen, für die Verbesserung der Hochschulausbildung von Lehrpersonen und für die Schülerbeförderung.

Nicht zuletzt wollen wir die zusätzlichen Finanzmittel nutzen, um eine wahre Digitalisierungsoffensive im Bildungswesen zu finanzieren.

Wir werden für eine umfassende und flächendeckende Ausstattung unserer Schulen, Lehrpersonen und Schüler mit modernem Informatikmaterial sorgen.

Hinzukommt ein neues digitales Schulverwaltungssystem.

Wir stellen für diese Digitalisierungsoffensive mehrere Millionen EUR zur Verfügung zu stellen.

Wir denken, das ist gut so.

Denn auch diese Investition ist eine Lehre, die wir aus der Krise ziehen müssen und die wir deshalb in unserer Regierungserklärung angekündigt hatten.

Die Coronakrise hat uns nämlich noch einmal eindrücklich vor Augen geführt, dass digitale Infrastruktur nunmehr fester Bestandteil der technologischen Grundversorgung ist.

Die digitale Revolution hin zu einer Industrie 4.0 ist im vollen Gange.

Für uns kann das eine Chance sein.

Eine Chance, die wir nicht verpassen dürfen.

Eine Chance, die wir nutzen müssen, indem wir unsere Investitionen in die Digitalisierung massiv erhöhen; nicht nur aber ganz besonders im Bildungswesen.

Wie versprochen  
haben wir darüber hinaus die Mittel für den Sport spürbar aufgestockt:  
Im Vergleich zu 2019 um 53 %.

Die Ausgaben für Kultur wurden ebenfalls  
seit Beginn dieser Legislaturperiode um 50 % aufgewertet;  
darin enthalten sind allerdings mehrere coronabedingte Hilfspakete,  
die keine wiederkehrenden Auswirkungen haben.

Sie sehen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
wir reden nicht nur, wir handeln!

Wir halten unsere Versprechen ein;  
wir bemühen uns nach bestem Wissen und Gewissen,  
die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen,  
soweit das zum jetzigen Zeitpunkt schon möglich ist.

Wir verwirklichen systematisch das,  
was wir im September 2020 angekündigt haben  
und wir setzen unsere neue finanzpolitischen Strategie  
zielstrebig um.



Doch,  
was bedeutet all das für unsere Haushaltsergebnisse?

Mittlerweile liegt die Ergebnisrechnung für das Jahr 2020 vor.

Ich freue mich Ihnen mitteilen zu können,  
dass das Haushaltergebnis im vergangenen Jahr  
um 15,6 Millionen EUR besser ausgefallen ist als geplant.

Aufgrund der Investitionen in die beiden Impfzentren  
und wegen der zusätzlichen Hilfspakete,  
die wir z.B. für die Wohn- und Pflegezentren,  
die Vereine,  
den Horeca-Sektor,  
den Einzelhandel,  
die Kinderbetreuung,  
den nicht kommerziellen Sektor,  
die Jugend und viele andere Bereiche beschlossen haben  
bzw. gleich beschließen werden,  
verschlechtert sich jedoch das Haushaltergebnis 2021  
um 13.1 Millionen EUR.

Wir gehen nach dieser Anpassung für 2021  
nunmehr von einem Defizit in Höhe 42,9 Millionen EUR aus,  
wobei wir Investitionen in Infrastruktur  
für ca 50 Millionen EUR neutralisiert haben.

Obwohl sich die Wirtschaftsparameter in den letzten 4 Monaten noch einmal verschlechtert haben und wir alleine dadurch in der laufenden Legislaturperiode weitere 8 Millionen an Einnahmen verlieren, verändern sich die Ergebnisse in der mittelfristigen Finanzplanung kaum.

Das liegt zum einen daran, dass die krisenbedingten Mehrausgaben dieser Haushaltsanpassung kaum Auswirkungen auf die Folgejahre haben.

Sie sind größtenteils punktuelle Natur.

Zum anderen verdanken wir diese Beständigkeit den 50 Millionen EUR Mehreinnahmen aus dem europäischen Wiederaufbauplan.

Daran wird deutlich, wie wichtig diese innerbelgischen Verhandlungen über die Verteilung der europäischen Gelder für unsere Gemeinschaft gewesen sind.

Da sich die Haushaltsergebnisse in der Summe weder kurz- noch mittelfristig verändern...

...das größere Defizit 2021 wird ja durch das bessere Haushaltergebnis 2020 ebenfalls komplett aufgefangen...;

... verändert sich auch unsere eingeplante Neuverschuldung nicht.

Demzufolge war, ist und bleibt unsere Verschuldung absolut verkraftbar.

Der Schuldendienstdeckungsgrad liegt in diesem Jahr gerade einmal bei 6,1 %.

Nach den heutigen Prognosen wird er nach der Finanzierung unseres 600 Millionen EUR umfassenden größten Investitionsprogramms in der Geschichte der DG, auf dem Höchststand nur 9,8 % betragen.

Verständlicher ausgedrückt würden wir demzufolge auf dem Höchststand unserer Verschuldung nur 9,8 % unserer Einnahmen aufbringen müssen, um alle Schulden der DG innerhalb von 30 Jahren komplett zurückzuzahlen.

Die Rückzahlungsfähigkeit der DG ist infolgedessen zweifelsfrei gegeben.

9,8 % - diese Zahl kann sich natürlich noch verändern -.

Aber das ist im Vergleich  
sowohl zur Privatwirtschaft  
als auch zu anderen öffentlichen Einrichtungen,  
ein sehr guter Wert.

Er liegt weit unterhalb der gemeinhin anerkannten Obergrenze von 20-25 %.

Mit unserer finanzpolitischen Strategie verfolgen wir bekanntlich das Ziel,  
den laufenden Haushalt schnellstmöglich  
wieder in Gleichgewicht zu bringen,  
am besten schon am Anfang der nächsten Legislaturperiode.

Die mittelfristige Finanzplanung beweist,  
dass das weiterhin möglich ist.

Den Gesamthaushalt wollen wir bekanntlich  
gegen Ende der kommenden Legislaturperiode  
wieder ins Gleichgewicht zurückführen.

Auch das ist weiterhin möglich,  
wie Sie den Dokumenten entnehmen können,  
die heute verteilt werden.

Kolleginnen und Kollegen,

wir gelten als finanzpolitischer Musterschüler in Belgien.

Die Banken vertrauen uns.

Sie zahlen mittlerweile sogar Geld dafür,

wenn wir als glaubwürdiger Schuldner

bei ihnen Geld aufnehmen.

Diesen guten Ruf wollen wir unbedingt bewahren.

Mit unserer angepassten finanzpolitischen Strategie wird uns das gelingen.

Wir haben in den letzten Jahren

als einziger Gliedstaat in Belgien

die schwarze Null erreicht.

Wir werden das wieder schaffen!

Heute nutzen wir unsere Möglichkeiten,

um zu helfen,

um zu investieren

und um die richtigen Lehren aus der Krise finanzieren zu können.

Doch es dabei:

Wir streben mittelfristig

- in 2 Etappen –

erneut die schwarze Null an.

In unseren Augen ist genau diese Strategie das,  
was wir brauchen,  
um die Lebensqualität in Ostbelgien zu bewahren.

Mit dieser Strategie können wir unsere Gemeinschaft zukunftsfähig machen  
und unsere Lebensperspektiven verbessern.

Mit dieser Strategie eröffnet sich uns die Chance,  
gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Genau das haben wir uns vorgenommen.

Genau daran sollten wir in den kommenden Monaten und Jahren  
möglichst parteiübergreifend arbeiten.

Das wir unseren Kindern und deren Kindern schuldig!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit